

Politischer Marktplatz

Die im vorangegangenen Kapitel behandelten Durchdringungen sind ein kontinuierlich vor sich gehender Prozess. Sie repräsentieren eine historische Dimension der Konfliktlandschaften, zugleich aber auch eine spezifische Form politischen Verhaltens. Sie materialisieren die Vorstellung, diesen Raum, der durch den Südsudan repräsentiert wird, oder das, was der Südsudan ist, nutzbar und funktional zu machen. Die in diesem und im folgenden Kapitel beschriebenen Konfliktlandschaften folgen ebenfalls einer spezifischen Logik, unterscheiden sich aber in ihrem Fundament grundlegend von der Durchdringung. Sie sind weniger zielgerichtet, sondern vielmehr Modi, Verfahrensweisen, die eine Orientierung in den Fragmenten des Südsudan ermöglichen. Diese Konfliktlandschaften sind zunächst tatsächlich Logiken, also Denk- und Verhaltensweisen, die politisches und soziales Verhalten bestimmen. Damit liegen sie im Schnittpunkt zwischen Konfliktlandschaft und politischer Kultur.

Der in diesem Kapitel im Mittelpunkt stehende Ansatz des politischen Marktplatzes geht auf die Arbeit von Alex de Waal zurück. De Waal entwickelt dieses Konzept in der Aufarbeitung seiner persönlichen Erfahrungen in den Doha-Verhandlungen zum Darfur-Konflikt. Im Rahmen der Arbeit des *Conflict Research Programme* an der *London School of Economics and Political Science*, wo er das Konzept in vergleichender Forschung mit anderen Konfliktlogiken in Verbindung bringt, wird es ausdifferenziert und erweitert. Die Erklärungskraft des Ansatzes für manche Prozesse im Südsudan ist bestechend, für andere, zum Teil eng verknüpfte, weniger. Genauso wie die anderen in diesem Buch behandelten Konfliktlandschaften geht es nicht um alternative oder gar konkurrierende Erklärungsansätze für eine einheitlich zu analysierende Gesamtsituation. Es geht um Perspektivität, eben um eine Landschaft, die eine Reihe von Phänomenen in sich aufnimmt und entlang einer gewissen

Ordnung interpretiert. Diese Ordnung würde sich, von einer anderen Perspektive aus betrachtet, natürlich anders darstellen.

Eine der wiederholt geäußerten Kritiken gegenüber dem Ansatz des politischen Marktplatzes ist, dass es sich um ein auf die politischen Eliten fokussierendes Konzept handeln würde. Das trifft auf einige der mit dem Ansatz erarbeiteten Analysen zu. Meine folgende Beschreibung, insbesondere die biografische Einlassung auf die beiden Figuren Tut Kew Gatluak und Taban Deng, könnten ebenso nach diesem Muster kritisiert werden.

Allerdings ist der politische Marktplatz eine Konfliktlandschaft, die keineswegs nur solche Eliteakteure involviert. Durch die ihm inhärenten Mechanismen, durch seine weitverzweigten Auswirkungen beeinflusst der Marktplatz einen Großteil der im Südsudan lebenden Gemeinschaften. Wie auch die anderen Konfliktlandschaften wirkt er zudem verbindend. Wenn Taban Deng Gai eine handfeste Unterstützung seiner nationalen politischen Ambitionen benötigt, mobilisiert er eine Miliz in seiner Heimatregion in Unity State. Diese lässt sich mobilisieren, weil sie sich wiederum durch seine Positionierung an den nationalen Schaltstellen konkrete ökonomische Vorteile erhofft. Die Konfliktlandschaft des politischen Marktplatzes ist hybrid. Sie verbindet Internationales und Nationales und dringt bis in kleinste Lokalitäten vor.

Ein Marktplatz politischer Loyalität

Der politische Marktplatz ist kein abstraktes Konzept. Er ist konkret und sichtbar, zumindest für alle, die ihn sehen wollen. Das von Alex de Waal selbst oft bemühte Beispiel sind die Verhandlungen zum Konflikt in Darfur, die im sogenannten Doha-Abkommen münden. Verhandlungen im sudanesischen Kontext sind ein vielschichtiges Phänomen. Internationale Diplomaten:innen fühlen sich in den offiziellen Räumlichkeiten wohl. Anzug und Krawatte dominieren. Es gibt sorgsam abgewogene, zumeist überlange Stellungnahmen, ein formales Aufsetzen der Bestimmungen, das, wie es ein langjähriger Beobachter von Friedensverhandlungen und -verträgen einmal so treffend ausgedrückt hat, oft an Copy-Pasting erinnert.

Im Zuge der Darfur-Verhandlungen beobachtet der teilnehmende de Waal ein interessantes Phänomen. Es gibt einen zweiten Verhandlungsraum, zeitlich und räumlich getrennt, in dem die Protagonist:innen in einem informellen Rahmen zum offenen Austausch zusammenkommen.

Gesprochen wird Arabisch, nicht Englisch. Die behandelten Themen sind nicht die Sicherheitssektorreform oder die internationale Entwicklungszusammenarbeit in der Post-Konfliktphase, sondern Geld. Geld in seinem konkretesten möglichen Ausdruck, in handfesten US-Dollar-Beträgen, die die einzelnen Verhandlungsparteien als Preis für ihre Unterschrift unter den zu verhandelnden Vertrag in ihre Richtung fließen sehen wollen.

Das Doha-Abkommen¹ kann nicht alle relevanten Akteure überzeugen. Laut de Waal wurde der notwendige finanzielle Preis für einige nicht bereitgestellt, die »gute Summe« nicht getroffen. Das von einer internationalen Anwaltskanzlei wahrscheinlich pro bono aufgesetzte Abkommen verhallt daher letzten Endes wertlos. Dennoch endet der Krieg in Darfur, oder ändert zumindest seine Intensität. Dies hat wiederum mit den Eigendynamiken des Marktplatzes zu tun, im Besonderen mit den Schwierigkeiten des sudanesischen Regimes, die bestehenden Loyalitätsstrukturen nachhaltig zu finanzieren. Denn letztendlich kann der Preis der politischen Loyalität, der von den berüchtigten, international als rassistisch und genozidal eingestuften *Janjaweed*-Milizen verlangt wird, von Khartum nicht mehr bezahlt werden. Die Folgen sind auch im Südsudan spürbar. Einer der lokal populärsten und bestvernetzten Janjaweed-Kommandanten mit dem Spitznamen Hemetti macht sich auf die Suche nach eigenen Einnahmequellen. Er bringt die darfurischen Goldreserven unter seine Kontrolle und legt damit den politökonomischen Grundstein für den Fall des Bashir-Regimes.

Doch der politische Marktplatz ist kein exklusiv nordsudanesisches Phänomen. Folgen wir dem Argument von de Waal (2015) weiter, erstreckt sich diese Konfliktlandschaft über die gesamte Großregion des Roten Meeres. Das Grundprinzip des politischen Marktplatzes ist einfach erklärt. Es ist die finanzielle In-Wert-Setzung und Einpreisung von politischer Loyalität, die politische Entrepreneur auf einem Marktplatz zum Verkauf anbieten und die so ihren spezifischen Marktwert erlangt. Dieses zunächst einfache Prinzip hat eine Reihe von Folgewirkungen, die von politischen Mechanismen und Strategien bis hin zur Entwicklung spezifischer Finanzierungspraktiken für das so notwendig werdende »politische Budget« reichen. Denn wie jeder Markt benötigt der politische Marktplatz finanzielle Liquidität. Gerade das südsudanesisches Beispiel zeigt, dass diese Liquidität mit wenigen Ressourcen funktionieren kann, in dem es andere Marktmechanismen wie Lizenzierungen und symbolisches Kapital mobilisiert.

1 <https://www.peaceagreements.org/viewmasterdocument/853>.

Der politische Marktplatz im südlichen Sudan etabliert sich umgehend nach dem Abschluss der CPA-Verhandlungen. Der gewonnene Frieden macht der neuen südsudanesischen Regierung substanzielle finanzielle Mittel aus der Ölförderung verfügbar. Schon John Garang nutzt diese Ressourcen für die politische Absicherung des Verhandlungsergebnisses. »[H]e spent massively on the military payroll in order to make it too expensive for Sudanese security officers to rent southern militia. Meanwhile, Kiir's strategy for managing the SPLM/A's fractious leaders was to indulge their appetite for self-enrichment.« (de Waal, 2014: 348) Damit etabliert sich ein politökonomisches System, das auf dem Einkauf politischer Loyalität und militärischer Schlagkraft im Abtausch mit finanziellen Zuwendungen beruht. Neben Geldzahlungen kommen dafür, in einigen Fällen, auch Postenernennungen mit einhergehenden Lizenzierungen zur Tributeinhebung infrage, die zum Aufbau von Reichtum über direkte Auspressung von Gemeinschaften und Rinder-Reichtum² genutzt werden können.

Zum erfolgreichen Bestehen am politischen Marktplatz benötigt jeder Marktteilnehmer:in finanzielle Mittel oder, in de Waals Worten, ein politisches Budget. Ähnlich wie an jedem kapitalistischen Markt ist ein politisches Budget umso leichter zu lukrieren, je weiter oben jemand in der politischen Hierarchie angesiedelt ist. Regionale Eliten oder niederrangigere Militärs müssen sich vorwiegend auf die unmittelbaren Erträge ihrer Marktteilnahme, Schutzgelder (»protection rents«) oder Gelder aus lizenzierten, oftmals informeller Besteuerung sowie durch diese Gewinne ermöglichter kommerzieller Geschäftseinnahmen verlassen. Nationale Eliten hingegen können auf die gesamten offiziellen wie inoffiziellen staatlichen Geldtöpfen zurückgreifen. Insbesondere in der Phase zwischen 2005 und 2012 sind dies vor allem Ölgelder, von denen der Großteil nie den Weg in das offizielle südsudanesische Budget findet.

Der gängigste Mechanismus, der sich im politisch-militärischen System dieser Zeit etabliert, ist die »rent-seeking rebellion«. Eine solche Rebellion startet zumeist mit einer politisch provozierten Abspaltung von der SPLM/A durch militärisch ausreichend schlagkräftige Akteure, die auf dem Weg ihrer

2 Im Jahr 2020 wird der finanzielle Wert eines Rindes im Schnitt mit etwa 400 US-Dollar beziffert. Herden mit mehreren tausend Rindern, die über politische und militärische Führungspositionen etwa durch informelle Besteuerung lukriert werden können, haben also einen beachtlichen finanziellen Wert, der bis in die Millionen US-Dollar gehen kann.

bald darauffolgenden Reintegration in die Organisation als Kompensationszahlung zusätzliche Mittel für sich und ihre Gefolgschaft lukrieren können. »The rebellion is settled through a payroll peace: its leader is given a promotion and his fighters are put on the army payroll: arrears are paid, pay rises awarded, and more soldiers – real ones and ghosts – are salaried.« (de Waal, 2015: 26) Als Meister dieser Taktik erweist sich der Nuer-General Peter Gadet, der unter dem politischen Vorhalt des Kampfes gegen den Tribalismus mehrere solche Rebellionen vom Zaun bricht (Craze, *forthcoming*). Eine weitere Folge dieser Taktik ist die massive Expansion der SPLA. Sie umfasst am Ende der ölbedingten Boom-Periode im Jahr 2012 um die 240.000 Soldat:innen. Diese erhalten im Vergleich zur nordsudanesischen Armee den doppelten Sold – zum Zeitpunkt des Unabhängigkeitsreferendums 220 US-Dollar im Monat (de Waal, 2014: 355). Dazu kommen unzählige Generäle.

Derzeit befindet sich der politische Marktplatz angesichts der kurzfristig ausgebliebenen, wahrscheinlich aber langfristig austrocknenden Gewinne aus der Ölförderung in einer Phase des Umbruchs. Joshua Craze (ebd.) vermutet, dass Land, sowie auf Landbesitz angewiesene wirtschaftliche Unternehmungen und andere natürliche Ressourcen wie Vieh zukünftig eine zentrale Rolle einnehmen könnten. Von wahrscheinlich erneut steigender Relevanz ist der Influx internationaler Hilfgelder und Investitionen, sowie die damit teilweise zusammenhängenden Währungsgeschäfte. Der offizielle und der inoffizielle, auf der Straße gehandelte Wechselkurs von US-Dollar in Südsudanesisches Pfund unterscheidet sich um das Dreifache. Das schafft für jene, die Zugriff auf billige, weil zum offiziellen Kurs gewechselte Devisen haben, eine beträchtliche Einnahmemöglichkeit.

Entrepreneure

Der im Südsudan zumeist beschriebene Marktplatz-Mechanismus ist zweifellos die erwähnte »rent-seeking rebellion«. Die Möglichkeiten eines erfolgreichen Agierens am politischen Marktplatz sind jedoch vielfältiger, ebenso wie die eingesetzten Währungen. Keineswegs kommt es immer zu einem direkten Abtausch von (potenzieller) Gewalt gegen Geld. Zugleich sind Gewaltstrategien am politischen Marktplatz mit signifikanten persönlichen Risiken verbunden. Aber, wie es John Young (2019: 33) so schön formuliert: »To survive politically in South Sudan, one must play the game as it exists, not based on Western precepts and values.«